

Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB Wasser V)

Ergänzbarer Kommentar

Bearbeitet von
Klaus-Dieter Morell

Loseblattwerk mit 12. Aktualisierung 2016. Loseblatt. Rund 487 S. Im Ordner

ISBN 978 3 503 02371 4

Format (B x L): 14,8 x 21,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Umweltrecht > Wasserrecht, Abwasserrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

**Verordnung über
Allgemeine Bedingungen
für die Versorgung mit Wasser
(AVBWasserV)**

Ergänzbarer Kommentar

von

Rechtsanwalt Klaus-Dieter Morell

Swisttal

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 02371 2](http://ESV.info/978%203%20503%2002371%202)

ISBN 978 3 503 02371 2

ISSN 0933-2499

Alle Rechte vorbehalten.

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co.KG, Berlin 2014
www.ESV.info

Satz: multitext, Berlin
Druck: C. H. Beck, Nordlingen

Inhaltsverzeichnis

	Kennzahl	Seite
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	A 06	
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	A 10	
<i>Stichwortverzeichnis</i>	A 20	
<i>Gesetzestext</i>	B 05	
<i>Amtliche Begründung des BMWi</i>	B 10	
<i>Änderungen durch den Bundesrat</i>	B 12	
<i>Einleitung</i>	B 80	

Erläuterungen

§ 1: Gegenstand der Verordnung	E § 1	1
Absatz 1: Die AVBWasserV als Bestandteil des Versorgungs-		
vertrages		2
a) Rechtsgültigkeit der AVBWasserV		2
b) Gerichtliche Überprüfbarkeit		3
ba) Prüfung nach den BGB-Vorschriften über		
Allgemeine Geschäftsbedingungen		3
bb) Prüfung nach sonstigen rechtlichen Vor-		
schriften		3
c) Keine Begründung einer Anschluß- und Versor-		
gungspflicht		3
d) Grundstückseigentümer als Kunde		4
e) Allgemeine Versorgungsbedingungen		6
f) Ergänzende Bestimmungen (Anlage zur		
AVBWasserV)		7
g) Anschluß- und Versorgungsvertrag		8
Absatz 2: Ausnahmeregelung für Industrieunternehmen,		
Weiterverteiler und Löschwasservorhaltung		8
a) Belieferung von Industrieunternehmen		8
b) Belieferung von Weiterverteilern		10
c) Vorhaltung von Löschwasser		11
ca) Löschwasserversorgung als Aufgabe der		
Gemeinden		11
cb) Vertragliche Vereinbarungen		12
Absatz 3: Allgemeine Versorgungsbedingungen in Abwei-		
chung von der AVBWasserV		13
a) Voraussetzungen für abweichende Allgemeine		
Versorgungsbedingungen		13

	Kennzahl	Seite
aa) Vertragsangebot zu den Bedingungen der AVBWasserV		14
ab) Einverständnis des Kunden		14
ac) Anwendung der §§ 305 bis 310 BGB		14
Absatz 4: Öffentliche Bekanntgabe der Allgemeinen Versor- gungsbedingungen		15
a) Gegenstand der Veröffentlichung		15
b) Form der Veröffentlichung		16
§ 2: Vertragsabschluß:	E § 2	1
Absatz 1: Zustandekommen des Vertrages; Form des Ver- tragsschlusses		1
a) Vertragsschluß		1
b) Schriftlicher Vertragsschluß		3
c) Vertragsschluß „auf andere Weise“		4
d) Vertragsbestätigung durch Wasserversorgungs- unternehmen		4
e) Vertragspartner des Wasserversorgungsunter- nehmens		5
f) Vertragsschluss und Widerrufsrecht		14
Absatz 2: Vertragsschluß durch die Entnahme von Wasser		16
a) Vertrag kraft „sozialtypischen Verhaltens“ ...		16
b) Mitteilungspflicht des Kunden		18
c) Preise für gleichartige Versorgungsverhältnisse		18
Absatz 3: Aushändigung der Allgemeinen Versorgungsbe- dingungen, Preisregelungen und Preislisten		19
a) Gegenstand der Aushändigungspflicht		19
b) Unentgeltlichkeit		20
§ 3: Bedarfsdeckung	E § 3	1
Absatz 1: Beschränkung auf bestimmten Verbrauchszweck oder Teilbedarf		1
a) Keine Begründung einer Versorgungspflicht ..		1
b) Reserve- oder Zusatzwasserversorgung		2
c) Bereitstellungsentgelt		2
Absatz 2: Mitteilungs- und Sorgfaltspflichten des Eigenver- sorgers		3
a) Mitteilungspflichten		3

	Kennzahl	Seite
b) Sorgfaltspflichten		4
c) Rückwirkungen und Versorgungseinstellung ..		5
§ 4: Art der Versorgung	E § 4	1
Absatz 1: Geltung der jeweiligen Allgemeinen Versorgungsbedingungen und Preise		2
a) Preisangabenverordnung		2
b) Änderungen von Preisen und Bedingungen ...		2
c) Preisänderungen und § 315 BGB		2
d) Prüfung der Preise nach den BGB-Vorschriften über Allgemeine Geschäftsbedingungen		3
Absatz 2: Wirksamwerden von Bedingungs- und Preisänderungen		4
a) Öffentliche Bekanntmachung		4
b) Einzelmitteilung		4
c) Preisänderung auf Grund von Preisänderungsklauseln		5
Absatz 3: Beschaffenheit und Druck des Wassers		5
a) Anforderungen an die Wasserbeschaffenheit ..		5
b) Angabe der Wasserhärte		7
c) Anforderungen an den Druck		7
d) Beschaffenheitsmängel und Preisminderung ..		8
e) Änderungen von Beschaffenheit und Druck ...		9
f) Belange des Kunden		10
g) Kostenverteilung		10
Absatz 4: Besondere Anforderungen an Beschaffenheit und Druck		11
§ 5: Umfang der Versorgung, Benachrichtigung bei Versorgungsunterbrechungen	E § 5	1
Absatz 1: Umfang der Lieferverpflichtung		2
a) Vertragliche Festlegung		2
b) Wesentliche Leistungserhöhung		3
c) Ruhen der Versorgungspflicht und Versorgungsvertrag		3
d) Ruhen der Versorgungspflicht bei zeitlichen Beschränkungen		3
e) Ruhen der Versorgungspflicht bei „höherer Gewalt“ und „sonstigen Umständen“		4
Absatz 2: Unterbrechung der Versorgung wegen betriebsnotwendiger Arbeiten		4
a) Betriebsnotwendige Arbeiten		4

	Kennzahl	Seite
b) Unverzügliche Behebung von Unregelmäßigkeiten und Unterbrechungen		5
Absatz 3: Benachrichtigung bei Versorgungsunterbrechungen		6
a) Beabsichtigte Versorgungsunterbrechung		6
b) Versorgungsunterbrechung von nicht nur kurzer Dauer		6
c) Form der Unterrichtung		7
d) Nicht rechtzeitig mögliche Unterrichtung		7
e) Unterrichtung bei bereits eingetretener Unterbrechung		8
f) Haftung bei unterlassener Unterrichtung		8
§ 6: Haftung bei Versorgungsstörungen	E § 6	1
Absatz 1: Haftungsgrund		2
a) Alte Rechtslage		2
b) Unterbrechungen und Unregelmäßigkeiten als typisches Betriebsrisiko		3
c) Begriff der Unterbrechung		4
d) Begriff der Unregelmäßigkeit		4
e) Besondere Anforderungen an die Wasserlieferung		5
f) Haftung für Personenschäden		6
fa) Begriff des Personenschadens		6
fb) Handlungen des „Unternehmens“		6
fc) Handlungen von Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen		6
fd) Begriff der Fahrlässigkeit		7
fe) Begriff des Vorsatzes		7
g) Haftung für Sachschäden		7
ga) Begriff des Sachschadens		7
gb) Begriff der groben Fahrlässigkeit		8
h) Haftung für Vermögensschäden		9
ha) Begriff des Vermögensschadens		9
hb) Handelnde Personen		9
i) Beweislast		9
j) Einschränkungen des Entlastungsbeweises nach § 831 BGB		9
k) Haftung der Arbeitnehmer des Wasserversorgungsunternehmens		10
Absatz 2: Haftung des nicht unmittelbar liefernden Wasserversorgungsunternehmens		10

	Kennzahl	Seite
a) Beschränkung der Ansprüche aus unerlaubter Handlung		10
b) Schadensaufklärungspflicht		11
Absatz 3: Bagateltschäden		11
Absatz 4: Haftung des Wasserversorgungsunternehmens gegenüber Dritten, an die der Kunde Wasser weiterleitet		12
Absatz 5: Begrenzung der Schadensersatzansprüche aus unerlaubter Handlung gegenüber Dritten, an die das Wasser weitergeleitet wird		12
a) Verpflichtung des Kunden		12
b) Hinweispflicht des Wasserversorgungsunternehmens		13
Absatz 6: Mitteilungspflicht		13
Auswirkungen des Produkthaftungsgesetzes		14
§ 7: Verjährung*)	E § 7	1
§ 8: Grundstücksbenutzung	E § 8	1
Absatz 1: Duldungspflichtige Personen und Grundstücke ..		2
a) Verfassungsmäßigkeit von § 8 AVBWasser		2
b) Kunden und Anschlußnehmer		3
c) Duldungspflicht		4
d) Zu duldende Versorgungseinrichtungen		4
e) Einrichtungen der „örtlichen Versorgung“		4
f) Unentgeltlichkeit der Grundstücksinanspruchnahme		5
g) Grundstücke im „gleichen Versorgungsgebiet“ ..		5
h) Beschränkungen hinsichtlich der duldungspflichtigen Grundstücke		6
ha) An die Wasserversorgung angeschlossene Grundstücke		6
hb) Im wirtschaftlichen Zusammenhang genutzte Grundstücke		6
hc) Grundstücke mit wirtschaftlichem Vorteil durch Anschlußmöglichkeit		7
i) Verhältnismäßigkeit der Grundstücksinanspruchnahme		8

*) § 7 ist durch Art. 19 des Gesetzes zur Anpassung der Verjährungsvorschriften vom 15.12.2004 (BGBl. I S. 3218) aufgehoben worden

	Kennzahl	Seite
Absatz 2: Benachrichtigungspflicht		10
a) Einverständnis des Kunden oder Anschlußnehmers		10
b) Verweigerung der Zustimmung		11
c) Folgen der Zustimmungsverweigerung		12
Absatz 3: Umlegungsanspruch		12
a) Unzumutbare Eigentumsbeschränkung		12
b) Darlegungs- und Beweispflicht		13
c) Weitere Inanspruchnahme desselben Grundstücks		13
d) Kostentragung		14
e) Entgeltliche Vereinbarungen über Grundstücksbenutzung		14
Absatz 4: Fortdauer der Duldung nach Beendigung des Wasserbezugs		14
a) Recht zur Grundstücksinanspruchnahme		14
b) Beginn der Fünfjahresfrist		15
c) Zumutbarkeit der Grundstücksinanspruchnahme		15
d) Ablauf der Fünfjahresfrist		16
Absatz 5: Zustimmung des Grundstückseigentümers		16
a) Keine Identität Anschlußnehmer/Kunde mit dem Grundstückseigentümer		16
b) Schriftliche Zustimmung vor Vertragsabschluß		17
c) Zustimmung nach Vertragsabschluß		17
d) Benachrichtigung und Einverständnis vor Inanspruchnahme des Grundstücks		17
Absatz 6: Ausnahme von der Duldungspflicht für öffentliche Grundstücke		18
§ 9: Baukostenzuschüsse	E § 9	1
Absatz 1: Festlegung der Kosten, die über den Baukostenzuschuß abgedeckt werden können		3
a) Allgemeines		3
aa) Rechtsgrundlage des Baukostenzuschusses		3

	Kennzahl	Seite
ab) Baukostenzuschuß und Individualvereinbarungen		4
ac) Baukostenzuschuß und Anschlußnehmer		4
ad) Baukostenzuschuß und Eigentümerwechsel		5
ae) Baukostenzuschuß und Zahlungsrisiko		7
af) Baukostenzuschuß und wirtschaftliche Unzumutbarkeit		8
ag) Baukostenzuschuß und Neuberechnung		9
ah) Baukostenzuschuß und Erschließungsverträge		10
ai) Baukostenzuschuß und Umzug		
b) Verteilungsanlagen der örtlichen Versorgung		10
c) Versorgungsbereich		12
d) Ausschließliche Zuordnung zu einem Versorgungsbereich		14
e) Wirtschaftliche Betriebsführung		15
f) Ermittlung der Kosten		15
g) Angemessener Baukostenzuschuß		17
h) Fortschreibung der BKZ-Beträge		17
Absatz 2: Frontmetermaßstab		18
a) Ermittlung des €-Betrages je Frontmeter		18
b) Begriff der „Straßenfrontlänge“		19
c) Mindestfrontlänge		21
Absatz 3: Andere kostenorientierte Bemessungseinheiten		21
Absatz 4: Erhebung eines weiteren Baukostenzuschusses		22
a) Grundsätzlich nur einmaliger Baukostenzuschuß		22
b) „Weiterer“ Baukostenzuschuß bei wesentlicher Leistungserhöhung		22
c) „Weiterer“ Baukostenzuschuß bei unveränderten Bemessungseinheiten		23
d) Weiterer Baukostenzuschuß bei geänderten Bemessungsmaßstäben		23
Absatz 5: Berechnung des Baukostenzuschusses beim Anschluß an bestehende Verteilungsanlagen		24
a) Wahlrecht zwischen alter und neuer Baukostenzuschußermittlung		24
b) Neue Bundesländer		25
c) Gerichtliche Überprüfbarkeit der alten Baukostenzuschußermittlung		25

	Kennzahl	Seite
d) Fortschreibung der BKZ-Beträge in „Altgebieten“		25
e) Abgrenzung: Anschluß in „Altgebiet“ oder neuem Versorgungsbereich		26
f) Weiterer Baukostenzuschuß in „Altgebieten“ ..		27
g) BKZ-Regelung für „Altgebiete“ bei Übernahme von Versorgungsgebieten		28
Absatz 6: Trennung von Baukostenzuschuß und Hausanschlußkosten		29
a) Getrennte Errechnung und Aufgliederung		29
b) Fälligkeit und Verjährung		30
c) Baukostenzuschußforderung und Rechnungseinwände		32
§ 10: Hausanschluß	E § 10	1
Absatz 1: Definition des Hausanschlusses		3
a) Anbohrschelle; Verantwortlichkeit		3
b) Antragsverfahren		4
Absatz 2: Bestimmungsrecht des Wasserversorgungsunternehmens		5
a) Anhörung des Anschlußnehmers		5
b) Wahrung berechtigter Interessen		5
Absatz 3: Hausanschluß als Betriebsanlage des Wasserversorgungsunternehmens		10
a) Eigentumsregelung		10
b) Eigentumsregelung für die neuen Bundesländer ..		
c) Umfassende Zuständigkeit für Arbeiten am Hausanschluß		10
ca) Herstellung des Hausanschlusses		11
cb) Unterhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen		12
cc) Abtrennungs- und Beseitigungsmaßnahmen		12
d) Zugänglichkeit; Schutz vor Beschädigungen ..		13
e) Beeinträchtigung der Zugänglichkeit		14
f) Pflichten des Anschlußnehmers		15
g) Ausführung der Arbeiten durch Nachunternehmer		15
h) Bauliche Voraussetzungen für sichere Verlegung		16
i) Verbot von Einwirkungen auf Hausanschluß ..		17

	Kennzahl	Seite
Absatz 4: Kostenerstattung		17
a) Vom Anschlußnehmer zu tragende Kosten		17
aa) Kosten der Erstellung		
ab) Kosten einer Änderung		
b) Vom Wasserversorgungsunternehmen zu tra-		20
gende Kosten		
c) Abrechnung nach tatsächlichem Aufwand oder		20
nach Pauschalsätzen		
d) Überschreitung von Kostenanschlägen		22
e) Verjährung der Hausanschlußkosten		23
f) Hausanschlußkosten und Rechnungseinwände		24
Absatz 5: Neuverteilung der Hausanschlußkosten beim An-		
schluß weiterer Anschlußnehmer an eine Hausan-		
schlußleitung		25
Absatz 6: Beibehaltung früherer Hausanschlußregelungen .		26
a) Alte Bundesländer		26
b) Neue Bundesländer		27
c) Übergang von Satzung auf AVBWasserV		27
Absatz 7: Mitteilungspflicht bei Schäden am Hausanschluß		28
Absatz 8: Zustimmung des Grundstückseigentümers		28
§ 11: Meßeinrichtungen an der Grundstücksgrenze	E § 11	11
Absatz 1: Voraussetzungen für einen Wasserzählerschacht		
oder Wasserzählerschrank		1
a) Besondere Belastung des Anschlußnehmers		1
b) Unbebaute Grundstücke		2
c) Unverhältnismäßig lange Anschlußleitung;		
besondere Erschwernisse		2
d) Frostsichere Unterbringung des Zählers)		3
e) Abweichende Vereinbarungen		4
f) Wasserzählerschacht oder -schrank an anderer		
Stelle		5
g) Weigerung des Anschlußnehmers		6
Absatz 2: Pflichten des Anschlußnehmers		6
Absatz 3: Verlegung der Meßeinrichtungen		7
Absatz 4: Zustimmung des Grundstückseigentümers		7
§ 12: Kundenanlage	E § 12	1
Absatz 1: Verantwortung für die Kundenanlage		2
a) Verantwortlichkeit des Kunden		2
b) Abstimmung der Materialien auf die örtliche		
Wasserbeschaffenheit		3
AVBW/11. Erg.-Lfg. VII/14		9

	Kennzahl	Seite
c) Verantwortlichkeit Dritter		4
d) Kein Bereitschaftsdienst für Störungen an Kundenanlagen		5
e) Anwendung der Trinkwasserverordnung		5
Absatz 2: Anforderungen an die Kundenanlage		5
a) Zu beachtende Vorschriften und technische Regeln		5
b) Errichtung und wesentliche Änderungen nur durch das Wasserversorgungsunternehmen oder ein eingetragenes Installationsunternehmen		6
c) Eintragung in das Installateurverzeichnis		7
ca) Keine einseitige „Konzession“, sondern Vertrag		7
cb) Voraussetzungen für Vertragsabschluß		8
cc) Berechtigung zu Arbeiten in anderen Versorgungsgebieten		10
d) Kündigung des Installateurvertrages		11
e) Schadensersatzansprüche gegen das Installationsunternehmen		12
f) Keine Haftung des Wasserversorgungsunternehmens für fehlerhafte Arbeiten des Installationsunternehmens		12
g) Begriff der „wesentlichen“ Veränderung		12
h) Überwachungsrecht des Wasserversorgungsunternehmens		13
Absatz 3: Plombierung		14
Absatz 4: Anforderungen an Materialien und Geräte		14
a) Anerkannte Regeln der Technik; CE-Zeichen und Zeichen akkreditierter Branchenzertifizierer		14
b) Produkte und Geräte aus Europa und der Türkei		15
Absatz 5: Anwendung der Vorschriften über die Kundenanlage auf Hausanschlüsse		15
§ 13: Inbetriebsetzung der Kundenanlage	E § 13	1
Absatz 1: Anschluß an Verteilungsnetz und Inbetriebsetzung		1
a) Anschluß durch das Wasserversorgungsunternehmen		1
b) Anschluß durch das Installationsunternehmen		1
c) Installationsunternehmen als Erfüllungsgehilfe des Wasserversorgungsunternehmens		2
d) Inbetriebsetzungsarbeiten		2

	Kennzahl	Seite
Absatz 2: Antrag auf Inbetriebsetzung		3
a) Antragstellung über das Installationsunternehmen		3
b) Verwendung von Antragsformularen		4
Absatz 3: Kostenerstattung		4
a) Abrechnung nach Pauschalen oder tatsächlichem Aufwand		4
b) Direkte Abrechnung mit dem Installationsunternehmen		5
§ 14: Überprüfung der Kundenanlage	E § 14	1
Absatz 1: Überprüfungsanspruch		1
a) Keine Überprüfungspflicht		1
b) Jederzeitiges Überprüfungsrecht		2
c) Kein Recht des Wasserversorgungsunternehmens zur Mängelbeseitigung		3
d) Unentgeltlichkeit der Überprüfung		3
Absatz 2: Folgen bei der Feststellung von Mängeln		3
a) Sicherheitsgefahren; erhebliche Störungen ...		3
b) Unbedeutende Mängel		4
c) Gefahr für Leib und Leben		4
d) Beurteilungsspielraum bei Einschätzung der Gefahr		5
Absatz 3: Haftungsbeschränkung		5
a) Grundsätzlich keine Haftung für die Mängelfreiheit der Kundenanlage		5
b) Feststellung von Mängeln		6
c) Haftung nur für Schäden an Leib und Leben ...		6
d) Haftung der Mitarbeiter des Wasserversorgungsunternehmens		6
§ 15: Betrieb, Erweiterung und Änderung von Kundenanlage und Verbrauchseinrichtungen; Mitteilungspflichten	E § 15	1
Absatz 1: Sorgfaltspflichten beim Betrieb von Kundenanlagen und Verbrauchseinrichtungen		1
Absatz 2: Mitteilungspflicht		2
a) Änderung preislicher Bemessungsgrößen oder wesentliche Erhöhung der Leistungsvorbehaltung		2
b) Rechtsfolgen bei unterlassener Mitteilung		3
c) Inhalt der Mitteilung		4

	Kennzahl	Seite
§ 16: Zutrittsrecht	E § 16	1
a) Vereinbarung über Zutritt		1
b) Zutritt nur für bestimmte Zwecke		2
c) Ausweispflicht		3
d) Keine eigenmächtige Durchsetzung des Zutrittsrecht		3
e) Zutrittsverweigerung und Einstellung der Versorgung		3
§ 17: Technische Anschlußbedingungen	E § 17	1
Absatz 1: Voraussetzungen und Inhalt von technischen Anschlußbedingungen		1
a) „Weitere“ technische Anforderungen		1
b) Sichere und störungsfreie Versorgung		2
c) Notwendigkeit von TAB		2
d) Detaillierung und Konkretisierung von aner- kannten Regeln der Technik		3
e) Kein Widerspruch zu den anerkannten Regeln der Technik		3
f) Zustimmung zum Anschluß von Verbrauchs- einrichtungen		3
g) TAB als Bestandteil der Allgemeinen Versor- gungsbedingungen		3
Absatz 2: Anzeigepflicht		4
a) Prüfungs- und Beanstandungsrecht		4
b) Beschränkungen des Prüfungs- und Bean- standungsrecht		4
c) Zuständige Behörde		4
§ 18: Messung	E § 18	1
Absatz 1: Feststellung des Wasserverbrauchs		2
a) Messung mit geeichten Meßeinrichtungen		2
b) Pauschale Berechnung des Verbrauchs		3
ba) Individualvertragliche Regelung		3
bb) Öffentliche Verbrauchseinrichtungen		3
Absatz 2: Verantwortlichkeit des Wasserversorgungsunter- nehmens für die Messung		4
a) Umfassende Zuständigkeit des Wasserversor- gungsunternehmens		4
aa) Anbringungsort		4
ab) Art, Zahl und Größe der Meßeinrichtungen		4
ac) Lieferung der Meßeinrichtungen		5

	Kennzahl	Seite
ad) Anbringung Meßeinrichtungen		6
ae) Überwachung, Unterhaltung und Entfer- nung der Meßeinrichtung		6
b) Beauftragung von Dritten		6
c) Pflicht zur Anhörung und Wahrung berechti- gter Interessen		7
ca) Art und Größe der Meßeinrichtungen		7
cb) Anzahl der Meßeinrichtungen		8
cc) Aufstellungsort der Meßeinrichtungen		8
cd) Entfernung der Meßeinrichtungen		8
ce) Aufbewahrung von Messeinrichtungen		9
d) Verlegung von Meßeinrichtungen		9
e) Auswechselung und Änderung von Meßein- richtungen		10
Absatz 3: Haftung des Kunden und Mitteilungspflicht		10
a) Beweis des ersten Anscheins		10
b) Schutzpflichten des Kunden		11
§ 19: Nachprüfung von Meßeinrichtungen	E § 19	1
Absatz 1: Prüfungsverlangen des Kunden		1
a) Jederzeitiges Nachprüfungsrecht		1
b) Wahlrecht des Kunden		2
c) Antragstellung		2
d) Weiterleitungspflicht des Wasserversorgungs- unternehmens		2
Absatz 2: Kosten der Prüfung		3
a) Verkehrsfehlergrenzen für Kostentragung ent- scheidend		3
b) Bedeutung des Prüfergebnisses		4
c) Keine Pauschalierung der Kosten		4
d) Prüfung auf eigene Kosten des Wasserversor- gungsunternehmens		4
§ 20: Ablesung	E § 20	1
Absatz 1: Ablesung der Meßeinrichtungen		1
a) Ablesung durch das Wasserversorgungs- unternehmen		1
b) Ablesung durch den Kunden		1
c) Ablesung in „möglichst“ gleichen Zeitabstän- den		2
d) Gebot der leichten Zugänglichkeit		3
Absatz 2: Schätzung des Verbrauchs		3
a) Unmöglichkeit oder Behinderung der Ablesung		3

	Kennzahl	Seite
b) Grundlage der Schätzung		5
c) Unterlassene Ablesung durch den Kunden		5
§ 21: Berechnungsfehler	E § 21	1
Absatz 1: Art und Folgen von Berechnungsfehlern		1
a) Angemessenheit von § 21 AVBWasserV		1
b) Unterbliebene Abrechnung		2
c) Berechnungsfehler und Schätzung		4
d) Berechnungsfehler und sonstige Ansprüche		4
e) Fehlerhafte Messung und Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages		4
f) Fehler in der Grundpreisbildung		6
g) Schuldhafte Verursachung eines Berechnungsfehlers		7
h) Ermittlung des Verbrauchs, wenn der tatsächliche Verbrauch nicht festzustellen ist		8
Absatz 2: Ausschlußfristen		10
a) Grundsätzliche Beschränkung des Nachberechnungsanspruches auf zwei Jahre		11
b) Beginn der 2-Jahresfrist		12
c) Nachberechnung über zwei Jahre		13
d) Verwirkung		14
e) 2-Jahresfrist und Treuwidrigkeitseinwand ...		14
f) Verjährung		14
fa) Nachzahlungsansprüche		14
fb) Erstattungsansprüche		14
§ 22: Verwendung des Wassers	E § 22	1
Absatz 1: Weiterleitung von Wasser		2
a) Grundsätzlich nur Lieferung für Zwecke des Kunden, seiner Mieter und ähnlich berechtigter Personen		2
b) Weiterleitung an sonstige Dritte		2
c) Zustimmungspflichtigkeit der Weiterleitung		2
d) Keine Zustimmungspflicht bei Entgegenstehen überwiegend versorgungswirtschaftlicher Gründe		3
Absatz 2: Beschränkung in der Wasserverwendung		4
a) Hoheitliche und vertragliche Verwendungsbeschränkungen		4
b) Einführung von Verwendungsbeschränkungen		5
c) Bei Verwendungsbeschränkungen kein Verstoß gegen Vertragspflichten		5

	Kennzahl	Seite
d) Einstellung der Versorgung bei Verstoß gegen Verwendungsbeschränkungen		6
Absatz 3: Anschlüsse für Bauwasser und sonstige vorüberge- hende Zwecke		6
a) Antrag und Kostentragung		6
b) Anschluß zu „vorübergehenden Zwecken“		7
Absatz 4: Benutzung von Hydrantenstandrohren		7
§ 23: Vertragsstrafe	E § 23	1
Absatz 1: Vertragsstrafe bei unbefugter Entnahme von Was- ser		2
a) Vertragsstrafe neben vertraglichen Ansprüchen und strafrechtlichen Konsequenzen		2
b) Wasserentnahme unter Umgehung, Beeinflus- sung oder vor Anbringung von Meßeinrichtun- gen		2
c) Verschulden		2
d) Wasserentnahme nach Einstellung der Versor- gung		3
e) Bemessung der Vertragsstrafe		3
Absatz 2: Vertragsstrafe bei Verletzung der Mitteilungs- pflicht		4
a) Nichtmitteilung preisrelevanter Tatsachen		4
b) Grobes Verschulden		4
c) Bemessung der Vertragsstrafe		4
Absatz 3: Zeitliche Begrenzung des Vertragsstrafenan- spruchs		5
§ 24: Abrechnung, Preisänderungsklauseln	E § 24	1
Absatz 1: Abrechnungszeiträume		1

(Fortsetzung auf Seite 15)

	Kennzahl	Seite
a) Bestimmungsrecht des Wasserversorgungsunternehmens		1
b) Überschreitung der 12-Monatsfrist		2
c) Öffentliche Bekanntmachung des Abrechnungszeitraumes		3
d) Ablesezeitraum und Abrechnungszeitraum		3
e) Änderung der Abrechnungszeiträume		4
Absatz 2: Abrechnung bei der Änderung von Preisen im Abrechnungszeitraum		4
a) Zeitanteilige Abrechnung		4
b) Gewichtung		4
Absatz 3 : Preisänderungsklauseln		5
a) Ausgestaltung von Preisänderungsklauseln		5
b) Preisänderungsklauseln und § 315 BGB		6
§ 25: Abschlagszahlungen	E § 25	1
Absatz 1: Berechnung der Abschlagszahlungen		1
a) Zahlungen am Ende des Abschlagszahlungszeitraums		1
b) Keine Gewichtung		2
c) Maßgeblichkeit des Verbrauchs im letzten Abrechnungszeitraum		2
d) Berücksichtigung zu erwartender Verbrauchszuwächse		3
e) Einberechnung der Umsatzsteuer		3
f) Bemessung nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden		3
g) Berücksichtigung zu erwartender Verbrauchsrückgänge		4
h) Fälligestellung der Abschläge		5
Absatz 2: Anpassung der Abschlagszahlungen bei Preisänderungen		5
Absatz 3: Rückzahlungen zu hoher Abschlagsbeträge nach der Abrechnung		6
§ 26: Vordrucke für Rechnungen und Abschläge	E § 26	1
§ 27: Zahlung, Verzug	E § 27	1
Absatz 1: Fälligkeit von Rechnungen und Abschlagszahlungen		2
a) Zustellung von Rechnungen		1
b) Fälligestellung		1
c) Zweiwöchige Zahlungsfrist		2
d) „Zugang“ der Zahlungsaufforderung		2

	Kennzahl	Seite
e) Festlegung der Zahlungstermine für Abschlagszahlungen		3
f) Zahlungsmodalitäten		3
g) Verjährung		4
h) Verwirkung		5
Absatz 2: Zahlungsverzug		6
a) Verzugskosten		6
b) Verzugszinsen		7
§ 28: Vorauszahlungen E § 28		1
Absatz 1: Voraussetzungen für die Erhebung von Vorauszahlungen		1
a) Keine generelle Erhebung von Vorauszahlungen		1
b) Besorgnis eines Inkassorisikos		2
c) Zahlungszeitpunkt für die Vorauszahlung		4
d) Vorauszahlung und Einstellung der Versorgung		4
Absatz 2: Bemessung der Vorauszahlung		4
a) Vorauszahlung auf den Verbrauch		4
b) Wahlrecht des Wasserversorgungsunternehmens		4
c) Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen		5
d) Verrechnung am Ende eines Abrechnungszeitraums		6
Absatz 3: Vorauszahlungen für Hausanschlußkosten		6
§ 29: Sicherheitsleistung E § 29		1
Absatz 1: Voraussetzungen für Sicherheitsleistungen		1
a) Erfolgreiche Anforderung einer Vorauszahlung		1
b) Wahlrecht des Kunden bei Sicherheitsmitteln		2
c) Höhe der Sicherheitsleistung		2
d) Ergänzungspflicht bei Entwertung der Sicherheit		3
e) Sicherheitsleistung und Einstellung der Versorgung		3
Absatz 2: Verzinsung von Barsicherheiten		3
Absatz 3: Verwertung der Sicherheiten		4
a) Nochmalige Zahlungsaufforderung bei Verzug mit Hinweis auf Verwertung		4
b) Kurs- und sonstige Verluste		5
Absatz 4: Rückgabe der Sicherheiten		5

	Kennzahl	Seite
§ 30: Zahlungsverweigerung	E § 30	
a) Angemessenheit von § 30 AVBWasserV		1
b) Zahlungsaufschub und Zahlungsverweigerung		2
c) Ansprüche aus dem Versorgungsverhältnis		2
d) Offensichtliche Fehler		2
e) Ausdrückliche Geltendmachung des Zurückbe- haltensrechts		4
f) Geltendmachung innerhalb der Zweijahresfrist		5
g) § 30 AVBWasserV und Einstellune der Versor- gung		6
§ 31: Aufrechnung	E § 31	1
a) Wirksamkeit von § 31 AVBWasserV		
b) Beschränkung des Aufrechnungs- und Zurück- behaltungsrechts		1
c) Aufrechnung nur mit gleichartigen Forderun- gen		2
d) Bestreiten einer Forderung		2
e) Rechtskräftig festgestellte Forderung		2
f) Einwand von Treu und Glauben		2
g) Keine Beschränkung der prozessualen Aufrech- nung		3
§ 32: Laufzeit des Versorgungsvertrages, Kündigung	E § 32	1
Absatz 1: Ordentliche Kündigung		2
a) Versorgungsvertrag als Dauerschuldverhältnis		2
b) Kündigungsfrist		2
c) Vertragsauflösung durch Anfechtung		3
d) Kein Einfluß mietvertraglicher Pflichten auf das Kündigungsrecht		3
e) Keine Mindestvertragslaufzeit		4
Absatz 2: Kündigung bei Umzug		4
Absatz 3: Einstellung des Verbrauchs von Wasser		6
a) Einstellung keine Kündigung		6
b) Einstandspflicht für alle vertraglichen Pflich- ten		6
c) Vertragliche Ansprüche gegen Dritte		7
Absatz 4: Wechsel in der Person des Kunden		7
a) Zustimmung durch das Wasserversorgungs- unternehmen		7
b) Mitteilungspflicht		8
c) Keine Zustimmungspflicht		8

Absatz 5: Wechsel des Wasserversorgungsunternehmens . . .	
Absatz 6: Schriftform der Kündigung	9
Absatz 7: Zeitweilige Absperrung	10
§ 33: Einstellung der Versorgung, fristlose Kündigung E § 33	1
Absatz 1: Einstellung der Versorgung	2
a) Einstellung der Versorgung als Ausübung des Zurückbehaltungsrechts	2
b) Vertragswidriges Verhalten des Kunden oder gleichzustellender Personen	3
c) Erforderlichkeit der Versorgungseinstellung . .	3
d) Bei fristloser Einstellung keine Verhältnismä- ßigkeitsprüfung	3
e) Regelmäßig keine vorherige Androhung	4
f) Abwendung unmittelbarer Gefahren	4
g) Verhinderung der Entnahme ungemessenen Wassers	5
h) Abwehr von Störungen und Einwirkungen auf die Trinkwassergüte	5
i) Betreten von Grundstücken zum Zwecke der Versorgungseinstellung	5
Absatz 2: Einstellung der Versorgung zwei Wochen nach An- drohung	5
a) Verletzung sonstiger vertraglicher Pflichten . .	5
b) Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen .	6
ba) Verfassungsmäßigkeit	6
bb) Zahlungsverpflichtungen aus anderen Ver- tragsverhältnissen	8
bba) Haushalt/Haushalt	8
bbb) Haushalt/Gewerbe	9
bbc) Sonstige Zahlungsverpflichtungen .	11
bc) Anmahnen der fälligen Zahlungsverpflich- tung	11
c) Androhung der Versorgungseinstellung	12
d) Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	14
da) Darlegungspflicht des Kunden	14
db) Einzelfallprüfung	14
dc) Keine „soziale Härteklausel“	15
e) Hinreichende Aussicht auf Vertragserfüllung .	17
f) Durchsetzung der Liefersperre	18

	Kennzahl	Seite
g) Fortbestand des Versorgungsvertrages		19
h) Einstellung der Versorgung und Schadenser- satz		19
i) Versorgungsansprüche Dritter bei Einstellung der Versorgung		20
j) Versorgungseinstellung und Gleichbehand- lungsgrundsatz		21
k) Einstellung der Versorgung und Besitz- störung		21
Absatz 3: Wiederaufnahme der Versorgung		21
a) Entfall der Gründe für die Versorgungseinstel- lung		21
b) Ersatz der Kosten für die Einstellung und Wie- deraufnahme der Versorgung		22
c) Wiederaufnahme der Versorgung nach Liefer- sperrre		22
d) Kostenerstattung in tatsächlicher Höhe oder nach Pauschalen		23
Absatz 4: Fristlose Kündigung		23
a) Kein Ausschluß der fristlosen Kündigung wegen Versorgungspflicht		23
b) Fristlose Kündigung bei Verstößen nach Abs. 1		24
c) Fristlose Kündigung bei Verstößen nach Abs. 2		24
§ 34: Gerichtsstand	E § 34	1
§ 35: Öffentlich-rechtliche Versorgung mit Wasser	E § 35	1
Absatz 1: Anpassungspflicht		1
a) Verfassungsmäßigkeit der Anpassungspflicht .		1
b) „Entsprechende Anpassung“		2
c) Einschränkung des Benutzungszwanges		3
d) Bereitstellungsgebühr		5
e) Keine Anpassungspflicht, soweit Kommunalab- gabenrecht und Verwaltungsverfahrenrecht einschlägig ist		5
f) Keine zwangsweise Zurechnung der Hausan- schlüsse zur öffentlichen Versorgungsanlage . .		6
g) Anpassungspflicht bei Rumpfsatzungen		7
Absatz 2: Anpassungspflicht zum 1. Januar 1982		6
§ 36: Berlin-Klausel	E § 36	1
§ 37: Inkrafttreten	E § 37	1
Absatz 1: Inkrafttreten zum 1. 4. 1980		1
AVBW/11. Erg.-Lfg. VII/14		19

	Kennzahl	Seite
Absatz 2: Geltung der §§ 2 bis 34 für „Altverträge“		2
a) Anwendung auf Verträge nach § 1 Abs. 1 und Sonderverträge		2
b) Keine Anwendung auf Verträge nach § 1 Abs. 2 AVBWasserV und auf Individualverträge		2
c) Unterrichtspflicht		3
d) Keine Anwendung auf Laufzeit und Kündi- gungsbestimmungen		3
Absatz 3: Übergangsregelung für Abrechnungen, Abschlag- zahlungen und Vorauszahlungen		4
MATERIALIEN		
1 Installateurrichtlinien	M 10	1
2 VKU-Formulierungshilfe „Ergänzende Bestim- mungen zur AVBWasserV mit Preisblatt“	M 30	1
3 Erste Verordnung zur Änderung der Verord- nung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (1. AVBWasserVÄndV) vom 13.1.2010	M 40	1
2 Art. 3 des Gesetzes über die weitere Bereini- gung von Übergangsrecht aus dem Einigungs- vertrag (EVMBG) vom 21.1.2013	M 50	1